

Bundeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt  
25. – 27.11.2016 in Wolfsburg

**Antrags-Nr.: 1.1-01**

**Thema: Für mehr soziale Gerechtigkeit**

Die AWO fordert, dass soziale Gerechtigkeit als Leitprinzip unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung unbedingte und umfassende Beachtung finden muss. Ein Höchstmaß an sozialer Gleichheit und sozialer Sicherheit kann nur erreicht werden, wenn allen Menschen in unserer Gesellschaft Chancengleichheit und eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht wird (1.). Um die hiermit verbundenen Aufgaben schultern zu können, muss gleichzeitig die Finanzkraft des Staates gestärkt werden. Hierfür braucht es die Solidarität der Reichen und Vermögenden und eine gerechte Verteilungspolitik (2.). Vor diesem Hintergrund fordert die AWO:

**1.) Für Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in unserer Gesellschaft.** Es muss auch künftig in Deutschland Wohlstand, sozialen Frieden sowie Vertrauen und Zustimmung der Mehrheit der Bürger\*innen zum demokratischen Regierungssystem geben. Um dies zu erreichen, fordert die AWO insbesondere:

- Das Existenzminimum muss stets bedarfs- und realitätsgerecht abgesichert sein. Dies erfordert eine regelmäßige und sachgerechte Anpassung der Regelsätze.
- Die soziale Absicherung von Kindern muss durch die Einführung einer Kindergrundsicherung von 564 Euro und einer jährlichen Anpassung an das Existenzminimum sichergestellt werden.
- Die Vermeidung und Bekämpfung von Altersarmut muss ursachenadäquat, systemgerecht und zielgenau erfolgen. Dies erfordert auch die Rückkehr zu einer den Lebensstandard sichernden Rente.
- Der Pflegenotstand muss mit einem wirksamen Maßnahmenpaket beseitigt werden. Das Pflegesystem benötigt erheblich mehr Finanzmittel, um der demografischen Entwicklung und dem Anspruch der Menschenwürde gerecht zu werden.
- Die Rechte der Beschäftigten, kleinen Selbstständigen, Rentner\*innen, der Erwerbslosen und der sozial Benachteiligten müssen deutlich gestärkt werden.
- Das Prinzip der Entgeltgleichheit, also gleicher Lohn für Männer und Frauen für gleiche Arbeit, muss umgesetzt werden.
- Der ausgeuferte, prekäre Niedriglohnsektor muss eingedämmt werden.
- Es muss mehr in Bildung und öffentliche Infrastruktur investiert werden.
- Es bedarf einer besseren Finanzierung und mehr Personal für die sprachliche, soziale und Arbeitsmarkt-Integration der benachteiligten Menschen.
- Es muss bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Hierzu bedarf es unter anderem einer Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus in guter Qualität.
- Die Rahmenbedingungen für die sozialen Dienstleistungen müssen erhalten bleiben, ausreichend finanziert werden und durch klare gesetzliche Regelungen abgesichert sein.

[Geben Sie Text ein]

## Bundeskonzferenz der Arbeiterwohlfahrt 25. – 27.11.2016 in Wolfsburg

- Insbesondere die hoch belasteten und verschuldeten Kommunen müssen dauerhaft finanziell bessergestellt werden, damit sie wieder handlungsfähig werden. Dies erfordert insbesondere:
  - Die Kosten, die durch Integration entstehen, müssen zusätzlich durch den Bund getragen werden.
  - Generell muss sich der Bund angemessen an der Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben wie Ausbau der Kindertagesbetreuung, der Eingliederungshilfe usw. beteiligen.
  - Es ist sozial und wirtschaftspolitisch schädlich, wegen einer abstrakten Fixierung auf die „schwarze Null“, auf eine staatliche Verschuldung zu verzichten. Insbesondere vor dem Hintergrund historisch niedriger Zinsen. Der Staat kann quasi zum Nulltarif Kredite aufnehmen und damit notwendige Zukunftsinvestitionen und bessere öffentliche Leistungen finanzieren. Die „schwarze Null“ darf kein Dogma sein.

**2.) Solidarität einfordern.** Um die demokratische, chancengleiche und gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in unserer Gesellschaft sicherzustellen, muss die Finanzkraft des Staates gestärkt werden. Dies kann nur durch eine gerechte Verteilungspolitik erreicht werden. Die AWO fordert daher insbesondere:

- Der Steuerfreibetrag muss regelmäßig angehoben werden, um insbesondere kleine und mittlere Einkommen zu entlasten.
- Der Spitzensteuersatz für besonders hohe Einkommen muss angehoben werden. Im Gegenzug müssen die kleinen und mittleren Einkommen insbesondere durch eine Anhebung der Steuerfreibeträge weiter entlastet werden.
- Die Vermögenssteuer muss neu geregelt werden, damit auch Reiche ihren Beitrag leisten.
- Für große Erbschaften muss die Erbschaftssteuer erhöht werden.
- Die Finanztransaktionssteuer muss endlich umgesetzt werden.
- Die Steuerverwaltung muss durch eine bessere personelle Ausstattung von Steuerfahndung und -prüfung in ihrer Effizienz gestärkt werden.
- Kapitaleinkommen dürfen nicht mehr steuerlich privilegiert werden. Hierzu muss die Abgeltungssteuer, nach der Kapitalerträge nicht mehr in der Steuererklärung erfasst und zudem unabhängig von ihrer Höhe mit 25 Prozent besteuert werden, abgeschafft werden. Das Einkommen aus Kapitalerträgen ist wieder mit dem individuellen Einkommenssteuersatz zu besteuern, um die Privilegierung gegenüber der Erwerbsarbeit rückgängig zu machen.
- Die Straffreiheit von Steuerhinterziehung bei der Selbstanzeige muss abgeschafft werden.
- Steuervermeidung durch legale Wege, wie sogenannte Offshore Firmen, muss international verhindert und bekämpft werden.
- Alle Bankgeschäfte und Unternehmen müssen dort leistungsgerecht besteuert werden, wo sie wirtschaften.
- Das Finanz- und Bankwesen muss streng kontrolliert werden.
- Die Körperschaftsteuer für Unternehmen muss so gestaltet werden, dass hohe und kaum investierte Gewinne dem Wirtschaftsprozess zugeführt werden.